

Antrag 214/II/2022**KDV Pankow****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****#stayathome auch für Menschen, die keine eigenen vier Wände haben – Gesundheitsschutz und medizinische Versorgung darf nicht von Wohnraum abhängig sein (I)**

1 Wir fordern die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordneten-
2 haus und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats
3 auf, nachfolgende Maßnahmen umzusetzen:

4
5 Eine ganzjährige Möglichkeit der Quarantäne für Men-
6 schen ohne Obdach, die nachweislich an Covid19 erkrankt
7 sind.

8 Quarantäneunterbringungen müssen auf die persönli-
9 chen Lebensrealitäten der Patient*innen angepasst sein,
10 dazu zählt:

- 11 • Medizinische Versorgung bei bestehenden Vorer-
12 krankungen
- 13 • Substitutionsmöglichkeiten bei Suchterkrankungen
14 (Drogen, Alkohol, Medikamenten)
- 15 • Psychologische und/oder psychosoziale Betreuung

16

17

18 Begründung

19 Die vergangenen zwei Jahre Pandemie haben gezeigt, wie
20 Menschen in prekären Lebenssituationen weiter aus der
21 Gesellschaft gedrängt werden.

22

23 Gerade in den Wintermonaten, in denen Gemeinschafts-
24 unterkünfte und Notübernachtungen im Rahmen der Ber-
25 liner Kältehilfe geöffnet hatten, stieg das Risiko für ob-
26 dachlose Menschen sich mit Covid19 zu infizieren. Aber
27 auch dadurch, dass sie sich oft an öffentlichen Plätzen und
28 im ÖPNV aufhalten, sind sie einer Vielzahl an Kontakten
29 und somit einem hohem Infektionsrisiko ausgesetzt. Ob-
30 dachlose Menschen zählen zu den besonders vulnerablen
31 Gruppen unserer Gesellschaft. Das Leben auf der Straße,
32 gerade auch in Verbindung mit missbräuchlichem Kon-
33 sum verschiedener Substanzen, führt dazu, dass die Ab-
34 wehrleistungen des Immunsystems geschwächt werden
35 und leichte Erkrankungen eher schwerwiegende Folgen
36 haben können.

37

38 Eine Versorgung in den Krankenhäusern findet statt, bis
39 der akute medizinische Notfall behandelt ist. Eine weiter-
40 gehende und auch nachsorgende Betreuung erfolgt nicht.
41 Menschen ohne Obdach und vor allem ohne Kranken-
42 versicherung haben keinen rechtlichen Anspruch auf ei-
43 ne Unterstützung im Rahmen eines Entlassungsmanage-
44 ments nach SGB V. Sie werden nicht in eine nachgehen-
45 de ärztliche Versorgung vermittelt, die sie dringend benö-
46 tigen. Denn neben den akuten gesundheitlichen Erkran-
47 kungen sind sie auch oft von multiplen Problemlagen, in

48 Form von psychologischen Belastungen, aber auch Such-
49 terkrankungen, betroffen, die einer schnellen Genesung
50 im Wege stehen. Hier spielt auch der Fakt der Obdachlo-
51 sigkeit eine große Rolle. Denn Krankheiten lassen sich nur
52 ungenügend auf der Straße auskurieren. Die Menschen
53 benötigen einen Schutzraum, in dem sie die benötigte
54 Unterstützung bekommen. Dazu zählt, neben der medi-
55 zinischen Versorgung auch die Substituierung bei Such-
56 terkrankung, die psychologische, aber auch psychosozia-
57 le Betreuung. Eine Überweisung hierhin darf nicht von ei-
58 ner vorherigen Anspruchsprüfung bei einem Kostenträger
59 (der gesetzlichen Krankenversicherung) abhängig sein.

60

61 In Berlin gibt es zehn Einrichtungen, die sich im Groß-
62 teil ehrenamtlich, um die ärztliche und zahnärztliche Ver-
63 sorgung obdachloser Menschen kümmern. Ihre Versor-
64 gung gilt als niedrigschwellig. Einige finanzieren sich aus-
65 schließlich aus Spenden, andere erhalten Zuwendungs-
66 mittel des Landes Berlin. Die medizinische Versorgung an-
67 sich, aber auch die Ausstattung sowie das Vorhandensein
68 von medizinischen Hilfsmitteln (Krücken, Rollstühle u.ä.)
69 ist den Anforderungen entsprechend nicht ausreichend.

70

71 Für das Jahr 2021 wurden 27.619 Behandlungen in den
72 benannten Einrichtungen verzeichnet. Davon waren fast
73 3.500 Behandlungen ohne entsprechenden Versiche-
74 rungsschutz. Diese Zahlen zeigen die Notwendigkeit
75 unserer geforderten Maßnahmen.

76

77 In den vergangenen zwei Pandemiewintern gab es Qua-
78 rantänestationen für obdachlose Menschen. Diese hatten
79 allerdings nicht ausreichend Plätze (gerade einmal 100),
80 um gerade in der Omikronwelle im Winter 2021/2022, in-
81 fiziierte Personen aufzunehmen. Zum Ende der vergange-
82 nen Kältehilfesaison wurden diese Stationen geschlossen.
83 Die Aufgabe liegt nun bei den Bezirksämtern, welche aber
84 keine Plätze vorhalten. Die Eröffnung einer großen Stati-
85 on mit an die 300 Plätze erfolgte im Februar 2022 nicht, da
86 das dafür vorgesehene Gebäude innerhalb eines Tages zu
87 einer Unterkunft für geflüchtete Menschen aus Ukraine
88 umgewidmet wurde. Zudem war aber auch die geplante
89 Nutzung nur temporär und als Zwischennutzung bis zum
90 Abriss des Gebäudes im Herbst 2022 vorgesehen. Dies sind
91 Umstände, die nicht hinnehmbar sind. Zumal ein nach-
92 haltiges Pandemiemanagement auch Menschen am Rand
93 unserer Gesellschaft nicht vernachlässigen darf.

94

95 Es ist zudem zu erwarten, dass für die kommenden Winter
96 wieder zu wenig Isolationsmöglichkeiten bestehen. Dies
97 ist in der aktuellen Lage, in der die Zahlen immer wei-
98 ter steigen, nicht hinnehmbar. Auch zukünftig werden wir
99 immer wieder mit pandemischen Lagen konfrontiert sein,
100 worauf wir uns jetzt schon vorbereiten sollten. Und auch

101 in diesen Situationen haben Menschen ohne Wohnraum
102 einen Anspruch auf einen adäquaten Gesundheitsschutz.
103 Wer gerade jetzt in den Wintermonaten schon mit den Ri-
104 siken kalter Nächte kämpft, muss zumindest die Möglich-
105 keit haben bei einer akuten Covid-Erkrankung isoliert und
106 medizinisch betreut zu werden.